

Antrag

an die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes
der Partei DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg
17. Januar 2007

Einreicher: Harald Gindra, Heidi Kloor, Ulrike Schenk, Jochen Scholz, Carsten Schulz,
Dagci Tacettin

Arbeitsplanung 2008

(basierend auf den Anträgen von Carsten Schulz auf der letzten Mitgliederversammlung)

Vorwort

Die LINKE steht für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am politischen, ökonomischen und sozialen Prozess. Sie distanziert sich damit sowohl von einer auf neoliberalen Credo basierenden Wettbewerbs- und Marktpolitik, die zu einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich geführt hat wie auch von einem zunehmenden Abbau politischer Rechte.

Die Partei DIE LINKE hat sich im September dieses Jahres im Bezirk Tempelhof-Schöneberg formiert. Nun kommt es darauf an, in diesem Bezirk politischen Einfluss zu gewinnen und mehr Menschen eine politische Verankerung zu geben.

Den positiven Bundestrend für den weiteren Parteiaufbau wollen wir auch im Bezirk stärker nutzen. So werden wir Kampagnen der Bundestagsfraktion und der Fraktion der Europäischen Linken im Bezirk stärker bekannt machen und die zahlreichen Ansprechpartner unserer Fraktionen, die in Berlin arbeiten und wohnen, für Veranstaltungen und für eine inhaltliche Kooperation stärker nutzen. Dabei sollen bezirksbezogene Anknüpfungspunkte genutzt werden,

Die nicht zu übersehenden Widersprüche in der Landespolitik zur Programmatik (siehe Programmatische Eckpunkte) der Partei erfordern eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung über die in Berlin praktizierte Regierungsbeteiligung. Eine gründliche Analyse der Niederlage bei der letzten Berliner Abgeordnetenhauswahl steht für die Landespartei noch aus. Darüberhinaus sind konkrete, qualifizierte Beiträge aus dem Bezirk zu den landespolitischen Schwerpunktthemen Arbeitsmarktpolitik, Gemeinschaftsschule und Kampf gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, jeweils im Licht der Bedingungen im Bezirk.

Initiativen aus dem Bezirk zu Hartz IV, zur Flüchtlings- und MigrantInnenpolitik, zur öffentlichen Daseinsfürsorge, zur Friedens- und Jugendpolitik, zur Verkehrspolitik (Flughafen Tempelhof) und zum stärker werdenden Rechtsextremismus in Tempelhof-Schöneberg müssen weiterhin Schwerpunkte unserer Arbeit sein. Sie schließen eine engere Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Partnern (insbesondere Gewerkschaften, Interessenvertretungen von Beschäftigten, Bürgerinitiativen und Verbänden) ebenso ein wie unser parlamentarisches Wirken in der BVV und den Ausschüssen. Sowohl durch engere Zusammenarbeit mit lokalen Bündnisgruppen wie auch mit einer Weiterführung der schon in der Vergangenheit begonnenen Kiezzunden und Stadtteiltreffs wollen wir unsere Kommunikationsarbeit in den Stadtteilen ausbauen. Inwieweit es uns gelungen ist, die bei der letzten Abgeordnetenhauswahl verlorenen bzw. neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, wird an den Wahlergebnissen im Wahljahr 2009 zu messen sein, wo neben den Landtags- und Kommunalwahlen auch Wahlen zum europäischen Parlament und zum Bundestag stattfinden werden.

Umzusetzen sind diese Ziele dann, wenn unsere Mitglieder und Sympathisantinnen durch

eine bessere Informations- und Kommunikationsstruktur in den politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozess des Bezirkes aktiv einbezogen werden. Hierzu dienen demokratische Entscheidungsgremien, wie die in regelmäßigen Abständen tagenden Gesamtmitgliederversammlungen ebenso wie die Durchführung von politisch—kulturellen Veranstaltungen, die zur Meinungsbildung unter den Mitgliedern beitragen sollen.

1) Eine bessere politisch-kulturelle Vernetzung der (Neu-)Mitglieder

- a) Einmal im Monat an einem Samstagnachmittag: Einladung zu Brunch und Diskussion. Dort können in lockerer Atmosphäre interessante aktuelle Themen unter den Mitgliedern und SympathisantInnen debattiert werden.
Diesen Brunch werden wir mit den „Inselgesprächen" verbinden.
- b) Zweimonatliche Kulturveranstaltungen, die wir entweder selbst in der „Roten Insel" oder einem anderen geeigneten Ort im Bezirk organisieren (z.B. in Kooperation mit dem Zimmertheater Karlshorst oder El Cultrun) oder die wir gemeinsam besuchen. Nach unserem Besuch einer Vorstellung des Berliner Brecht—Ensembles (Dreigroschenoper) wollen wir weitere derartige Exkursionen planen und auch unsere freundschaftlichen Kontakte mit der KPO Steiermark/Graz mit einem Besuch (kommunalpolitischer Austausch, Besuch des „Volkshausfestes") auffrischen. Wir setzen uns auch kritisch mit Kulturveranstaltungen und Ausstellungen im Bezirk auseinander und setzen durch eigene Beiträge dazu politische Akzente.
- c) Wir rufen alle Mitglieder auf, sich an der Weiterentwicklung eines Veranstaltungskonzeptes für die „Rote Insel" als politisch-kulturellem Zentrum zu beteiligen (mit Film-, Theaterveranstaltungen, Ausstellungen, mit einer Erweiterung der Beratungsangebote in enger Zusammenarbeit mit dem AK Elvis).
- d) Fortbildungsveranstaltungen für alle Mitglieder und InteressentInnen, z. B. zur Qualifizierung in der Kommunalpolitik (Kommunalpolitisches Forum), zur Öffentlichkeitsarbeit (RLS, Panke". Abteilung Parteientwicklung im PV) oder zur Qualifizierung der redaktionellen Arbeit mit der „Lupe" (LAG „Rote ReporterInnen").

2) Kommunikations- und Informationsarbeit in und außerhalb des Bezirksverbandes

a) Weiterführung der Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikations- und Informationsarbeit unter Mitgliedern und SympathisantInnen im Bezirksverband:

- Unsere Bezirkszeitung LUPE wird zeitnah nach Erscheinen monatlich Post an alle Mitglieder und Sympathisantinnen zusammen mit den Einladungen zu den Beratungen der Basisorganisationen und Arbeitskreisen verschickt. Hinweis: Nur ca. 30-35% unserer Mitglieder verfügen über eine funktionierende E-Mailadresse. Daher werden Mitglieder und SympathisantInnen angeschrieben und gefragt, ob sie diese Informationen zukünftig per E Mail erhalten wollen. Nur bei entsprechender Rückmeldung werden die GenossInnen dann per Mail über die Termine und Veranstaltungen informiert bzw.: wird die Lupe auf elektronischem Weg verschickt.
- Weiterhin werden 20 wichtige soziale Institutionen und Initiativen im Bezirk mit jeweils fünf Lupen beliefert.

- Ein Mitgliederrundbrief, der über Aktivitäten im Landes- und Bezirksverband sowie der Bezirksverordnetenversammlung und über den Stand von Debatten dort berichtet, bzw. der Positionspapiere enthält, wird den zu verschickenden Lupen beigelegt. Es ist eine Mustergliederung zu erarbeiten, um abzusichern, dass alle relevanten Themen und Arbeitsfelder abgehandelt werden.
Es ist eine Terminplanung für die Zuarbeiten zum Rundbrief festzulegen und allen Arbeitsgruppen zur Kenntnis zu geben, um notwendige Informationen aktuell aufnehmen zu können.

V: Bezirksvorstand

- Mitglieder des Bezirksvorstandes sowie SprecherInnen der Basisorganisationen, die regelmäßig in der Geschäftsstelle vorbeikommen oder dort aktiv sind, erhalten ein Fach, in dem die Lupe und alle wichtigen Informationen und Einladungen hinterlegt werden. Ebenso sind für die Arbeitskreise Fächer einzurichten.
- Aktuelle Stellungnahmen, Beschlüsse des Bezirksvorstandes sowie Informationen über Veranstaltungen und Aktionen des Bezirksverbandes und unseres Vertreters in der Bezirksverordnetenversammlung werden zeitnah ins Internet gestellt.

V.: Bezirksvorstand bzw. „Verursacher der Meldung“, T.: schnellstmöglich

- Die Veranstaltungen für (Neu-)Mitglieder werden im Bezirksverband fortgeführt und qualifiziert. Dazu nehmen wir u.a. Kontakt zur Bundesgeschäftsstelle sowie zur Rosa Luxemburg Stiftung, Hellen Panke, „Roten ReporterInnen“, etc. zwecks Material/Seminarkonzeptionen/Weiterbildung auf.

b) Weiterführung der Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikations- und Informationsarbeit in den Stadtteilen

- In regelmäßigen Abständen, besonders nach Erscheinen der LUPE, werden Infostände in allen sechs Stadtteilen durchgeführt. Diese Stände sind das wichtigste Mittel zur Gewinnung von neuen Mitgliedern und zur Information der Bürgerinnen. Für die Durchführung der Stände sind die Basisgruppen verantwortlich.

V: Bezirksvorstand und Basisgruppensprecher

T: nach Terminplan des Bezirksvorstandes”

- Wir streben eine stärkere Kooperation mit unserem direkten Nachbarn, „Kontakte e.V.“, z.B. zum Thema „Zwangsarbeiter“ und hinsichtlich des kulturellen Austausches mit den Menschen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion an.
- Wir knüpfen an die positiven Erfahrungen der Vergangenheit mit Kiezzunden in Stadtteiltreffs/Kneipen, in denen kiezbezogene Themen und Fragen von interessierten Bürgerinnen und Mitgliedern im Mittelpunkt stehen. Mögliche Kieztreffs: Kuckucksei (Schöneberg); Janus und Vereinseck (in Tempelhof/Mariendorf); Jugoslawisches Restaurant oder Nachbarschaftstreff „Waschhaus“ Waldsassener Str./Tirschenreuther Ring (Marienfelde); Jugoslawisches Restaurant in Lichtenrade (Kontakt Martin Buys)

3) Hartz IV und Sozialberatung

Die Maßnahmen von Agenda 2010 höhlen die Substanz des Sozial- und Rechtsstaates aus. DIE LINKE als Partei muss dem Widerstand entgegensetzen und machbare Alternativen entwickeln. Für uns im Bezirk hat das: Arbeitslosenfrühstück und das Hilfsangebot für ALG II Empfängerinnen werden weitergeführt. V: Dagmar Krebs, Josef Moss; T: donnerstags von 10 bis 12 Uhr, außer Sonn- und Feiertags Dazu werden im 14-tägigen Rhythmus vor dem Job-Center Tempelhof zu dem Thema Flugblätter verteilt. V: Ulrike Schenk T: 2 und 4. Dienstag im Monat.

Wir werden enger mit dem gewerkschaftlichen Vertreter im Hartz IV-Beirat der ARGE zusammenarbeiten. Wir werden versuchen, Kontakt zu den gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen herzustellen und eine Zusammenarbeit zwischen den Beschäftigten des Jobcenters und den Erwerbsloseninitiativen zu befördern. Die Situation der Betroffenen wird durch unsere Vertreter in der Bezirksverordnetenversammlung und in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung aktiv thematisiert.

Meinungsäußerungen der Betroffenen in der Einwohnerfragestunde der Bezirksverordnetenversammlung und an anderer Stelle werden aktiv unterstützt.

V: Arbeitskreis Kommunales

T: Terminplan der Bezirksverordnetenversammlung

4) Intensivierung der Flüchtlings- und Migrationspolitik im Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg

Menschen aus anderen Kulturen bereichern das Leben in Berlin und in Tempelhof-Schöneberg. Integration verläuft nicht konfliktfrei und ohne Probleme. Sie wird durch diskriminierende Gesetze, wie sie auf Bundesebene wieder und wieder verabschiedet werden, z.B. das neue Zuwanderungsgesetz, stark behindert.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, Menschen mit Migrationshintergrund willkommen zu heißen und ihnen die Möglichkeit zur Interessenartikulation und Selbstorganisation zu geben. Wir wollen unsere Verbindungen zu Verbänden und Projekten von Migrantinnen und Migranten stärken, insbesondere auch zu den russischsprachigen Migrantinnen und Migranten im Süden des Bezirks. Informationsbesuche unseres Bezirksverordneten können dabei ebenso wie das Angebot hilfreich sein. Vereine und Projekte in der Bezirkszeitung LUPE vorzustellen.

Wir knüpfen dabei auch an bestehende Kontakte zum Verein „Allmende“, zum Interkulturellen Haus (M. Herzog), zu TSAGIF, zum Russischen Kulturzentrum MIR, zu DIDF, zum Serbischen Kultur- und Sportverein und zur Serbisch-orthodoxen Gemeinde in Berlin.

Eine wichtige Bedeutung kommt unserem „Arbeitskreis Flüchtlings- und Migrationspolitik“ und der Zusammenarbeit mit dem Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus unserem Bezirk, Hakki Keskin, und seiner Wahlkreismitarbeiterin Figen Izgen zu.

Am 19. November 2007 konstituierte sich der Arbeitskreis „Flüchtlings- und Migrationspolitik“ in unserem Bezirksverband neu. Der Arbeitskreis will u.a. die Situation der im Bezirk lebenden Migrantinnen und Migranten unter folgenden Fragestellungen analysieren:

- Situation im Bildungsbereich/in der Schule
- Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Möglichkeiten politischer Partizipation
- Interkulturelle Öffnung von gesellschaftlichen Institutionen und Vereinen

Zu diesen Themen sollen Forderungen formuliert und konkrete Anfragen, insbesondere an die Bezirksverordnetenversammlung, über unseren Verordneten Harald Gindra, gestellt werden.

Als weitere Themen benennt der Arbeitskreis

- die Interkulturelle Öffnung der Jobcenter mit entsprechend multikulturell zusammengesetztem, qualifiziertem und festeingestelltem Personal,
- eine Internetseite gegen rassistischen Diskriminierungen und Übergriffe,
- die Beschäftigung mit der unterschiedlichen Situation der verschiedenen MigrantInnengruppen,
- das Hineinwirken von Konflikten von Menschen unterschiedlicher Nationalität in den Bezirk und
- die Diskriminierung von MigrantInnen bei der Wohnungsvergabe.

Den Problemen von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen werden wir weiterhin im Bezirksverband hohe Aufmerksamkeit schenken. Sie gehören zu den am meisten von rassistischer Hetze und Ausgrenzung Bedrohten. So werden wir uns weiterhin für die Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen einsetzen, z.B. über die in der Bezirksgeschäftsstelle tätige Flüchtlingsberatungsstelle des Landesverbandes.

Zusammenarbeit mit anderen Bezirksverbänden

Im vergangenen Sommer wurden zwei Veranstaltungen mit Genossinnen und Genossen aus anderen Bezirksverbänden verabredet, so

- ein Austausch mit der Basisorganisation Neukölln-Nord zum Thema Migrationspolitik zur Arbeit mit Projekten und Vereinen der Afrikanischen BürgerInnen in Berlin
 - ein Meinungsaustausch zum Quartiersmanagement mit Wolfgang Kruger (Mitglied des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE und ehrenamtlicher Leiter des „Sprengelhauses“ in Berlin-Mitte (Wedding))
- 5) Enge Kooperation mit Gewerkschaften und in Bezirk tätigen Interessenvertreterinnen (Personal- oder Betriebsräten)
- a) Aktive Mitarbeit im Kreisverband Tempelhof-Schöneberg des DGB
 - b) Initiierung einer Debatte zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes/der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Berlin bzw. zu Strategien gegen die Privatisierung mit bezirklichen Akteuren (Personalratsmitgliedern des Bezirksamtes, ver.di-Betriebsgruppe im Rathaus Schöneberg und weiteren regionalen Gewerkschaftsgliederungen und gewerkschaftsnahen Initiativen und Einrichtungen, wie der ver.di-Mediengalerie in der Dudenstraße oder dem BUSGM)
 - c) Kontakte zu Betriebsräten in Industriebetrieben reaktivieren
- 6) **Stärkung der Themenfelder Internationalismus, Friedens- und Jugendpolitik und Jugendarbeit im Bezirksverband**

- a) Mitarbeit im Berliner Bündnis gegen das KSM-Verbot
- b) Veranstaltungsreihe zu den Erfahrungen und Perspektiven der lateinamerikanischen Linken
- c) Veranstaltung zur politischen Repression und zum Geschichtsrevisionismus in Europa
- d) Kontaktaufnahme zur Polnischen Linken in Kooperation mit dem Bezirksverband Spandau (Kontaktaufnahme zur PPS - Polnische Linkssozialisten), Themen: EU Erweiterung, soziale Arbeitnehmerrechte, etc.)
- e) Ausbau der Partnerschaft mit der KPO Steiermark, Einbeziehen von interessierten Genossinnen und Genossen aus anderen Berliner Bezirksverbänden
- f) Im Hinblick auf die Europawahlen werden wir uns u.a. mit den Themen Dienstleistungsrichtlinie und Grundbuch für ein neues Arbeitsrecht beschäftigen. Ein Thema wird auch sein das europäische Selbstverständnis.
- g) Mitarbeit in der Berliner Friedenskoordination, z.B. 1. Mai
- h) Eine Veranstaltungsreihe zu Konfliktfeldern mit Blick auf die globalen strategischen Interessengegensätze
- i) Kontakt zu den wichtigsten Jugendprojekten und -einrichtungen im Bezirk, z.B. Drugstore
- j) kontinuierlicher Kontakt zur Jugendgruppe Süd-West der Linksjugend/[solid]
- k) Versuch, studentische Strukturen aufzubauen, evtl. am Thema berufliche Perspektiven
- l) schulische Themen, Berufsbildung

7) Verkehrs- und Umweltpolitik, u.a. Nachnutzung des Flughafens Tempelhof

Das Ziel des Volksbegehrens zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof blendet die Belastung durch [arm und Abgase völlig aus. Abgesehen davon finden Flugkatastrophen vorrangig bei Start und Landung statt, d.h., die Bewohnerinnen sind unmittelbar gefährdet. Wir planen Veranstaltungen und öffentliche Debatten zur Nachnutzung des Flughafens Tempelhof in Kooperation mit der Bürgerinitiative NANU THF und interessierten BürgerInnen.

Beschäftigung mit dem Thema „Klimaschutz für Berlin — kein Großkraftwerk in Klingenberg!“ (Wiederherstellung der Klimafunktion des Spreetals) Dazu nehmen wir das Angebot für eine Diskussionsveranstaltung mit Walter Fauck wahr.

evtl. Veranstaltung zum Thema Biotechnologie

8) Aktivitäten gegen den Neofaschismus

Im Vorfeld der Berliner Wahlen 2006 hat die NPD in Tempelhof-Schöneberg einen neuen Kreisverband gegründet. Auch wenn ihnen der Einzug in die BVV misslang, müssen wir uns darauf einstellen, dass der Bezirk weiter im Fokus der NPD steht.

Auch wenn es gelang, die antifaschistische Öffentlichkeit gegen Veranstaltungen der NPD zu mobilisieren, muss diese Arbeit weitergehen.

Wir sind daher gefordert, mit allen antifaschistischen Kräften in Parteien, Vereinen und Verbänden zusammen zu arbeiten und antifaschistische „Runde Tische“ zu initiieren. Der Bündnisarbeit mit der VVN, mit antifaschistischen Jugendstrukturen wie dem Drugstore bzw. mit demokratischen Jugendverbänden kommt eine hohe Bedeutung zu. Dazu müssen wir uns die Verteilung der Stimmenergebnisse der NPD bei den letzten Wahlen noch einmal vor Augen führen, um die örtlichen Schwerpunkte zu bestimmen.

Wir sollten die Mobilisierungsfähigkeit unserer Mitgliedschaft gegen rechte Aufmärsche

deutlich verbessern (z.B. durch kurzfristige Telefonketten des Bezirksvorstandes und der Basisorganisationen).

9) Aktivitäten in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg

Im Rahmen der Wahrnehmung des Mandates unseres Bezirksverordneten werden wir alle Möglichkeiten der politischen Einflussnahme nutzen, um unsere Positionen darzustellen, auf Mängel in der Arbeit der bezirklichen Verwaltung hinzuweisen und Verbesserungen der Situation von Bedürftigen zu erreichen. Der Arbeitskreis Kommunales des Bezirksverbandes unterstützt die Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung durch regelmäßige Besuche der BVV-Ausschüsse, Organisation von Einwohnerfragen, öffentliche Aktionen zu bezirklichen Fragen und die regelmäßige Durchführung von Bürgersprechstunden im Rathaus Schöneberg.

Dabei streben wir eine breite vorurteilsfreie Zusammenarbeit mit allen bezirklichen Akteuren an.

Die Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung erfolgt durch Mitteilungen und Berichte in der Lupe